

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

2005/2028(INI)

15.3.2005

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu dem Antrag der Republik Rumänien auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union
(2005/2028(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Albert Jan Maat

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. nimmt die von der Kommission geschätzten Kosten des Beitritts Rumäniens im Bereich der Landwirtschaft zur Kenntnis;
2. weist auf die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Aufnahme Rumäniens in die Europäische Union und der Anstrengungen auf beiden Seiten hin, die zu diesem Zweck erforderlich sind; betont jedoch, dass es für das Europäische Parlament schwierig ist, ohne Einigung darüber, auf welche Weise diese Kosten im Finanzrahmen 2007-2013 berücksichtigt werden sollen, über einen Beitrittsvertrag mit Rumänien und die darin vereinbarten Kosten der Erweiterung abzustimmen; verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Kosten für die Finanzierung der Umsetzung der GAP in Rumänien vollständig berücksichtigt werden müssen und dass die Grenzen für die Mittel im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 entsprechend festgelegt werden müssen;
3. begrüßt die Fortschritte, die Rumänien bei der Umsetzung der entsprechenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften erzielt hat, betont jedoch, dass die Kapazitäten in den Bereichen Verwaltung sowie Um- und Durchsetzung weiter ausgebaut werden sollten; betont jedoch, wie wichtig der Abschluss der erforderlichen Vorbereitungen für die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands ist, der über die Schaffung der nötigen Kontrollgremien und Zahlstellen hinaus auch die Besetzung dieser Einrichtungen mit entsprechend qualifiziertem Personal voraussetzt;
4. stellt fest, dass der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung in Rumänien nach wie vor übermäßig hoch ist, und betont die Notwendigkeit, mit Hilfe von Mitteln für die ländliche Entwicklung eine Strukturreform anzustreben; ist der Auffassung, dass die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen auf dem Lande zur Schaffung alternativer Einkommensquellen sowie zum Rückgang der Armut führen wird und dass die Bevölkerung infolgedessen im ländlichen Raum bleibt und ihre Konzentration in den Städten vermieden wird;
5. ist besorgt über die geringe Ausschöpfung von SAPARD-Mitteln, wobei die Mittelzuweisungen für 2000 zwar in Anspruch genommen wurden, die Zuweisungen für die folgenden Jahre jedoch noch Anlass zur Sorge geben; ist der Auffassung, dass dies die Vorbereitungen des Landes auf seine reibungslose Aufnahme in die EU gefährdet; fordert daher die Kommission und die rumänischen Behörden auf, die Information und die Beteiligung der Bevölkerung an ländlichen Entwicklungsvorhaben weiter zu verbessern;
6. begrüßt die Fortschritte, die in Bezug auf die Schaffung des Rechtsrahmens für eine Zahlstelle und das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) erzielt wurden, weist jedoch darauf hin, dass die Bemühungen erheblich verstärkt werden müssen, damit diese Systeme im Jahr 2007 in vollem Umfang einsatzbereit sind;

7. äußert sich zutiefst besorgt über unzuverlässige Veterinärbescheinigungen, das unzureichende Ausmaß an Mittelzuweisungen für die Veterinärdienste und die beträchtlichen Mängel im Tierschutz; betont, dass die Veterinärschutzvorschriften sowie die Rechtsvorschriften im Bereich des Pflanzenschutzes und der Lebensmittelsicherheit rechtzeitig und vollständig harmonisiert werden müssen, da diese Faktoren von erheblicher Bedeutung für das Funktionieren des Binnenmarkts, den Schutz der öffentlichen Gesundheit und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sind und auch die anderen Mitgliedstaaten beeinflussen;
8. fordert nachdrücklich, dass die rumänischen Behörden hinsichtlich des Einsatzes von gentechnisch veränderten Sorten eindeutige und vorausschauende Bestimmungen zur Koexistenz erlassen, um eine Einhaltung der einschlägigen gemeinschaftlichen Bestimmungen zur Freisetzung von GVO in die Umwelt zum Beitrittszeitpunkt nicht zu unterlaufen;
9. fordert die rumänischen Behörden eindringlich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Hygienevorschriften der Gemeinschaft für Nahrungsmittelverarbeitungsbetriebe zu erfüllen, insbesondere in Bezug auf Rohmilch, Schlachtabfälle und Tierkörperbeseitigungsanlagen; betont jedoch, dass die Gemeinschaftsbestimmungen zur Lebensmittelhygiene ausschließlich dem Verbraucherschutz dienen und die Qualität der Lebensmittel sicherstellen sollen, nicht aber als Vorwand für strukturelle Konzentrationsprozesse in der Verarbeitungsindustrie missbraucht werden sollten; fordert daher die rumänische Regierung auf, die Vorbeitritts Hilfen für die ländliche Entwicklung zu nutzen, um eine dezentralisierte Erzeugung von Qualitätslebensmitteln und deren regionale Vermarktung zu fördern;
10. hebt die Notwendigkeit hervor, die Grenzkontrollen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz zu verstärken.

VERFAHREN

Titel	Antrag der Republik Rumänien auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	2005/2028(INI)
Federführender Ausschuss	AFET
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	AGRI 10.3.2005
Verstärkte Zusammenarbeit	-
Verfasser(-in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Albert Jan Maat 20.1.2005
Prüfung im Ausschuss	3.2.2005 14.3.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	14.3.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: - Enthaltungen: -
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Filip Adwent, Katerina Batzeli, Niels Busk, Joseph Daul, Albert Deß, Ioannis Gklavakis, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Elisabeth Jeggle, Stéphane Le Foll, Albert Jan Maat, Mairead McGuinness, Neil Parish, María Isabel Salinas García, Csaba Sándor Tabajdi, Marc Tarabella, Jeffrey Titford, Witold Tomczak, Kyösti Tapio Virrankoski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(-innen)	Milan Horáček, Wiesław Stefan Kuc
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	-